

Lieber Michael Sauga,

auf den ersten Blick klingt die Botschaft „Wer arbeitet, ist der Dumme“ nach einem trickreichen Slogan der inzwischen beinahe in Vergessenheit geratenen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Andererseits darf der geneigte Betrachter aber auf den Gedanken kommen, ‚arbeitnehmerfreundliche‘ Argumente zu finden. Respekt, der Spannungsbogen dürfte fürs erste geglückt sein.

Was Ihr Buch am Ende hergibt, muss an dieser Stelle offen bleiben. Einen Vorgeschmack gab allerdings der „Tagesspiegel am Sonntag“, in dem Sie, wenn auch nicht als Auszüge Ihres Buches gekennzeichnet, Ansichten beschrieben, die den Grundton des Buches wiedergeben dürften. Auf den ersten Blick bleibt die beschriebene Spannung erhalten. Doch schnell weicht die Spannung dem Eindruck, als wolle sich der Autor nicht wirklich entscheiden.

In einem Satz richtet sich Ihre Kritik auf „entartete“ Sozialsysteme (Gruß an Eva Herman), überbordende Belastungen für den (nicht näher definierten) Norm-Arbeitnehmer sowie einer „Privilegierung“ von Rentnern und Hartz IV-Empfängern. Wow! Gleichzeitig, wenn auch nur zaghaft, findet die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und deren Auswirkungen auf die Beschäftigten Erwähnung, was beinahe in der Grundaussage münden könnte, die Sozialversicherungen sollten zu einer umfassenden Bürgerversicherung umgebaut werden. Ohne dieses Stichwort zu nennen, fordern Sie dann auch „gleiche Rechte und Pflichten für alle Erwerbstätigen“. Und eine stärkere Steuerfinanzierung. Die „übermäßige Abgabenlast für Arbeitnehmer“ müsse gesenkt werden. Chapeau! Da lacht das Herz des Facharbeiters. Doch, moment. Wer genau zahlt denn eigentlich das Gros des Steueraufkommens? Nicht so wichtig? Okay.

Es mag der verkürzten Form des Meinungsbeitrages in einer Tageszeitung geschuldet sein, aber eine politisch eindeutige Haltung des Autors wird nicht deutlich. Korrekturen an der Agenda 2010, wie jetzt beim Arbeitslosengeld – seien „falsch“, sagen Sie, auch wenn das Thema richtig ist? Es handelt sich nur um „gefühlte Ungerechtigkeiten“? Das Hauptproblem sei, so die eigentliche These, dass Beschäftigte um ihre „sozialen Besitzstände“ fürchten müssen. Doch was ist eigentlich? Ist beispielsweise eine ausreichende Gesundheitsversorgung, die jeder Bürgerin und jedem Bürger unabhängig vom Einkommen oder sozialen Ranking garantiert wird, ein Besitzstand? Ist eine ausreichende Absicherung – und Förderung – bei Arbeitslosigkeit ein Besitzstand? Früher, so schreiben Sie, boten die Sozialversicherungen einen „Vollkaskoschutz“, heute nur noch ein „Minimalprogramm“ – und das bei steigenden Preisen. Was wiederum auf die Reallöhne drückt. Kein Wunder, dass der Frust der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wächst. Angesehen vom Vokabular, mit dem Sie den Eindruck erwecken, die Menschen in Deutschland erwarteten ein Rumdum-Sorglos-Paket für lau, erwähnen Sie mit keinem Satz, was denn politisch hinter dieser Entwicklung steckt.

So klammern sie aus, dass die Politik in den letzten Jahren an Gleichgewicht verloren hat, ins Taumeln geraten und – nicht wenige würden behaupten – blindlings den Wirtschaftslobbyisten gefolgt ist. So sagen Sie dann auch kein Wort zum – inzwischen glücklicherweise etwas verstaubten – Dogma des Lohnnebenkostensenkens. Kein Wort vom Druck auf Gewerkschaften, Betriebsräte und Beschäftigte. Kein Wort vom fragwürdigen Umgang mit den Herausforderungen der demographischen Entwicklung oder Globalisierung. Kein Wort über die Deutsche Einheit und deren Kosten und Folgekosten. Kein Wort über die Fremdlasten der Sozialversicherungen. Kein Wort zu den Ursachen der Erosion deren Einnahmehasis der letzten Jahre. Und schließlich auch kein Wort dazu, dass sich der Wind in der politischen Debatte längst gedreht hat. Stichworte gefällig? Sozialdemokratisierung‘ der CDU, Mindestlohn, Kinderarmut etc.

So kommt Ihr Fazit dann auch früh und lautet: Die „Rekordhöhe der Abgabenlast bedeutet [...] eine schwere Hypothek für Arbeitsmarkt und Beschäftigung“. Damit beklagen Sie im Grunde nicht die politisch induzierten Belastungen für – in der Tat – breite Gesellschaftsschichten, die zunehmende Prekarisierung und die auch daraus erwachsene Verunsicherung im Land. Sie beklagen auch nicht, dass sich immer mehr Beschäftigte durch die Arbeitsmarktreformen schutzlos wieder finden müssen – oder ernste Sorgen vor einem sozialen Abstieg haben. Sie beklagen auch nicht, dass die ‚Riesterisierung‘ in den Sozialen Sicherungssystemen viele Menschen schlichtweg überfordert. Nein, man könnte den Eindruck gewinnen, Sie argumentierten im Grunde sehr persönlich. Was, die Koalition könnte das Arbeitslosengeld verlängern? Das kostet doch Geld! Wie viel? Ein bis zwei Milliarden? Und ich soll das bezahlen? Immer ich! Och nö! Jetzt reicht's.

Lieber Herr Sauga, ich weiß nicht, ob Sie privat Krankenversichert sind und nur unter dem Joch der übrigen ‚Zwangsversicherungen‘, also Arbeitslosen-, Pflege- oder Rentenbeiträgen leiden. Vielleicht wünschen Sie sich schlicht nicht mehr als die Freiheit, das selbst in die Hand zu nehmen und das war’s dann. Und wenn das dann alle machen würden, klar, dann könnten wir die Lohnnebenkosten prima senken, Bürokratie abbauen (die gibt’s ja bei Privaten Versicherungen nicht, oder?) und vom Brutto würde endlich mehr übrig bleiben. Vor allem hätten wir dann auch noch mehr prima Arbeitsplätze. Die Arbeitgeber könnten dann das, was sie an gemeinen ‚Zwangsbeiträgen‘ sparen, mit in die Lohntüte packen. Und dann klappts ja auch mit den Versicherungen. Moment, nein, alles natürlich nicht, weil die Arbeitgeber sollen ja auch noch Arbeitsplätze schaffen. Das kostet natürlich. Vielleicht kriegen die Beschäftigten dann so etwas wie einen Bonus, leistungsgerecht, versteht sich? Wer arbeitet, soll ja schließlich nicht der Dumme sein. Und der (oder die) wird ja auch nicht arbeitslos oder krank, wenn sie (er) sich anstrengt und ein anständiges Leben führt. Da habe ich Sie doch jetzt richtig verstanden, oder?

Nein? Oh, Sie sehen das doch ganz anders? Ach so, Sie wollen doch eigentlich die Bürgerversicherung, für Gesundheit und Pflege und so? Okay. Und Sie würden im Zweifel auch persönlich höhere Beiträge zahlen, für die Gerechtigkeit und so? Damit die Kassiererin beim Aldi am Ende etwas mehr zum Leben hat? Und beim Arzt auch gleich dran kommt, obwohl die ganzen Reichen doch eigentlich, na, Sie wissen schon...? Ach so, und die Ackermänner dieser Republik sollen dann auch ein bisschen mehr abgeben, nicht nur beim Charity-Dinner? Das meinten Sie dann auch mit dem „höheren Steueranteil für den Wohlfahrtssaat“?

Wie auch immer. Sie sehen, lieber Herr Sauga, ich werde nicht schlau aus Ihnen. Entscheiden Sie sich bitte. Vielleicht, klar, der Einwand wird jetzt kommen, sollte ich mir Ihr Buch kaufen und überhaupt erstmal in Gänze lesen. Nichts für ungut, aber nach diesem Vorgeschmack bleibe ich auch hier eher skeptisch.

Herzliche Grüße